

Resolution an das Europäische Parlament zur neuen EU- Landwirtschaftspolitik

- *Markdorfer Erklärung* -

An die Abgeordneten des Europäischen Parlaments

Veranlassung

„Agrarindustrielle Monokultur oder landwirtschaftliche Vielfalt, was geht uns die Europäische Landwirtschaftspolitik an“? Unter diesem Motto fand Ende März 2010 eine öffentliche Podiumsdiskussion in Markdorf/ Bodenseekreis statt, an der Bundestags- und Landtagsabgeordnete verschiedener Parteien, Vertreter der Landwirtschaft und der Natur- und Umweltschutzverbände teilnahmen. Der Einführungsvortrag von Lutz Ribbe, Berichterstatter im europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und Direktor von EuroNatur, war auf die europäische Agrarreform gerichtet.

Politiker, Vertreter von Bauernverbänden und Naturschutzorganisationen diskutierten über eine nachhaltige europäische Landwirtschaft, wie die Lebensgrundlage der Bauern gesichert und gleichzeitig die Natur- und Landschaft besser geschützt werden kann. Im Verlauf der Podiumsdiskussion wurde klar, dass das Streben nach immer höherer Produktivität etwa durch gentechnisch veränderte Tiere und Pflanzen, Überdüngung, Pestizideinsatz und ständige Ausweitung der intensiv genutzten Anbauflächen unsere Gesundheit gefährdet und unsere Lebensgrundlage zerstört. Dieser Weg führt nach Auffassung der Umwelt- und Naturschutzverbände zu irreversiblen Schäden, hohen Beseitigungskosten und vernichtet Arbeitsplätze. Immerhin ist jeder sechste Arbeitsplatz in Europa direkt oder indirekt mit der Landwirtschaft verbunden und steht auf dem Spiel.

Seitens der Podiumsteilnehmer (s. Unterzeichner der Resolution) wurde eine weitere Zusammenarbeit beschlossen und eine gemeinsame Resolution an die Abgeordneten des europäischen Parlaments vereinbart.

A Präambel

Die europäische Landwirtschaft steht vor dem Umbruch. Anlass hierfür ist die längerfristige Neugestaltung einer Gemeinsamen Agrarpolitik GAP nach dem Jahr 2013 sowie die neue EU- Finanzperiode. Noch in diesem Jahr werden hierfür die Weichen gestellt. Der neue EU- Grundlagenvertrag oder Lissabonner Vertrag zwischen den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union stärkt die Mitspracherechte der EU- Abgeordneten.

Diese Chance möchten wir für eine gemeinsame Resolution an die Abgeordneten des europäischen Parlaments nutzen.

Die Unterzeichner treten mit dieser Erklärung für die Erhaltung der Umwelt und einer zukunftsfähigen und umweltverträglichen Landwirtschaftspolitik in Europa ein.

Die Bodenseeregion steht für die Erprobung und Anwendung einer natur- und umweltverträglichen, europäischen Landwirtschaft als Modellregion (für Modellprojekte, Fördermaßnahmen, Forschungsprojekte) zur Verfügung.

B Ausgangslage und Zielsetzung

Die aktuelle europäische Agrarpolitik spiegelt die zukünftigen Erfordernisse einer klimaschonenden, vielfältigen und naturverträglichen Landwirtschaft nicht wieder. Angesichts der zunehmenden Umweltprobleme gilt es die europäische Agrarpolitik neu zu justieren. Wir brauchen für ein zukunftsfähiges Europa sauberes Wasser, unbelastete Böden, vielfältige Kulturlandschaft, Verbot der Agrar- Gen-Technik, artengerechte Tierhaltung, Biodiversität, nachhaltige dezentrale Energieerzeugung und eine ökologische Landwirtschaft.

Diese Ziele sind erreichbar, erfordern jedoch zukünftig eine Umverteilung von Umwelt- und Tierschutzleistungen für die Landwirte. Angesichts der enormen Steuermittel, die auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene in die Landwirtschaft fließen, müssen Leistungen zum Schutz der Ressourcen deutlich besser honoriert werden.

C Forderungen an die Abgeordneten des Europaparlaments

Die Landwirtschaft hat über Jahrhunderte die Kulturlandschaften Europas geformt, die Menschen mit gesunden landwirtschaftlichen Produkten versorgt und zur Umwelterhaltung beigetragen. Durch die Intensivierung im Agrarbereich seit den 50er-Jahren hat sich jedoch diese Entwicklung spürbar zu Lasten des Natur- und Landschaftsschutzes verschlechtert.

Wie kann die bäuerliche Landwirtschaft gerettet, die Kulturlandschaft gesichert und Natur und Artenvielfalt erhalten werden? Die Unterzeichner dieser Resolution sehen folgenden Handlungsbedarf und stellen fest, dass:

- das Leitbild einer bäuerlichen Landwirtschaft d.h. biologische Vielfalt, Denken und Handeln in Generationen, Einbindung in hofnahe Kreisläufe, Verantwortung für Mensch, Tier und Natur, nachhaltige Bewirtschaftung und Erhaltung der Kulturlandschaft, zu erhalten, zu fördern und weiterzuentwickeln sind,
- die gesellschaftlichen Leistungen einer bäuerlichen Landwirtschaft wie die Erzeugung gesunder Lebensmittel, regionale Produktvielfalt, Erhalt der Biodiversität, Ausbau der Artenvielfalt, Umsetzung von Natur- und Umweltschutzziele, Tierschutzaufgaben, angemessen zu entlohnen sind,
- die Arbeitsplätze in einer bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft erhalten und ein Ausbau der ökologischen Landwirtschaft angestrebt werden muss,
- die Klimaschutzziele zu unterstützen und damit die CO₂-Bilanz der Landwirtschaft zu verbessern (weniger chemische Düngemittel, Landnutzungsanpassungen und Humusaufbau, Reduktion von Import- Futtermitteln, ...).
- ökologischen Vorrangflächen im Umfang von 10% der Fläche jedes bäuerlichen Betriebes, die betriebsindividuell zur Sicherung und Erhaltung der ökologischen Aufgaben notwendig sind, erhalten und vergütet werden müssen,
- keine pauschalen Flächenprämien gezahlt werden sollen. Stattdessen sollten die öffentlichen Leistungen, die von der Landwirtschaft für den Natur- und Umweltschutz erbracht werden, besser entlohnt werden,
- europäische Finanzmittel für europäische Ziele wie prioritäre Sicherung der europäischen Belange wie Natura 2000, Wasserrahmenrichtlinie, Nitrat Richtlinie, Klimaschutz, Grünlandschutz usw. eingesetzt werden müssen,
- der Verlust an biologischer Vielfalt gestoppt und die Förderung der Sorten- und Rassenvielfalt verbessert werden muss,
- kein Anbau von gentechnisch veränderten Organismen zugelassen wird,
- der Anteil der regionalen Verarbeitung und Vermarktung im Lebensmittelhandel systematisch gesteigert und zu fairen Preisen gehandelt wird.

Eine zukunftsgerichtete europäische Landwirtschaftspolitik muss stärker die bäuerliche Landwirtschaft in den Mittelpunkt ihrer Handlungen stellen und dem Schutz der Natur und Umwelt eine größere Bedeutung beimessen.

D Unterzeichner der Resolution

- **Vertreter der Landwirtschaft**
- **Vertreter von Natur- und Umweltschutzorganisationen**
- **Vertreter kirchlicher Einrichtungen**
- **Vertreter öffentlicher Institutionen**

Markdorf, den 13. Juli 2010